Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch
Bade-, Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und rein.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden. 1895.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Wieder am Lager
sind **bekannte gute** Sorten **echtschwarzer**
Damenstrümpfe zu 50, 70, 80 Pfg., 1.25, 1.75 Mk.,
Herren-Socken v. 15 Pf.,
Kinder-Strümpfe v. 30 Pf. an.
Alle Unterzeuge.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Special-Fabrik geprägter Siegel-Marken von
N. Salm, Plauen-Dresden, Kaitzerstr. 16/17,
empfiehlt sich zur saubersten Anfertigung geprägter Siegel-, Packet-, Flaschen-Verschluss- und Schutz-Marken, sowie aller Gattungen Gravir- und Präg-Arbeiten, Prägehaften, Gummi- und Metall-Farb-Stempel, Schlagpressen, Monbirungen, Pfropfen, Signir-Schablonen etc. Sauberste, solide und billige Ausführung. Tadellose scharfe Gravirungen und Prägungen.
Gegründet 1868.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten.
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse** (3 Raben).

Nr. 82. Spiegel: Ergebniß der Staatsrathsverhandlungen. Hofnachrichten, Kolonialgesellschaft, Stadtverordnetensitzung. Doppelmord in Dresden-Neustadt, Bezirksausschuß, Gerichtsverhandlungen. Walker-Concert.

Vermuthliche Witterung: Veränderlich, feucht, wärmer.

Sonnabend, 23. März.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

zweite Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und **Abbestellungen,** sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Die Verhandlungen des preußischen Staatsrathes haben unter der persönlichen Leitung des Kaisers in der Hauptsache genau zu dem Ergebnisse geführt, das der Monarch vorher ausdrücklich vorgezeichnet hatte. Es konnte vor der Eröffnung des Staatsrathes nicht dem mindesten Zweifel mehr unterliegen, daß Kaiser Wilhelm ein entschiedener Gegner des Antrages Kanitz ist. Schon in seiner Ansprache beim Jesimahl des brandenburgischen Provinziallandtages hatte er die Warnung ausgesprochen, „daß man keine überspannten Hoffnungen hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien verlangen solle." Aus den Worten, mit denen vorgestern der Kaiser die Staatsrathsverhandlungen geschlossen hat, geht jetzt deutlich hervor, daß unter den „überspannten Hoffnungen und Utopien" diejenigen agrarischen Forderungen zu verstehen sind, die ihren prägnantesten Ausdruck in dem Antrage Kanitz finden. Der Staatsrath hat den Antrag Kanitz abgelehnt; darauf bezieht sich die Bemerkung des Kaisers in seiner Schlußansprache, daß „hochgespannte Erwartungen" durch das Ergebniß der Berathungen nicht befriedigt worden seien, weil dieses nur die zweckentsprechenden und durchführbaren Mittel enthalte. Die Art und Weise, wie die Ablehnung des Antrages Kanitz vom Staatsrathe begründet wird, entspricht vollständig den Gesichtspunkten, die der Kaiser selbst vor dem Zusammentritt des Staatsrathes wiederholt und unzweideutig als maßgebend für die Beurtheilung der Forderung festgestellt hat, den Getreidehandel von Staats- und Reichswegen zu monopolisiren und die Getreidepreise staatlich festzusetzen. Der Kaiser hält den Antrag Kanitz für undurchführbar und verwerflich, weil, wie er bereits in seiner letzten Brandenburger Bankettrede bemerkte, „kein Stand beanspruchen dürfe, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden", und weil der Antrag ferner mit den bestehenden Handelsverträgen unvereinbar sei. Bei der Eröffnung des Staatsrathes legte er diese beiden Gründe als Richtschnur den Verhandlungen zu Grunde. Er schloß seine Eröffnungsansprache mit der zuversichtlichen Erwartung, daß die Vorschläge des Staatsrathes sich auf Ziele richten werden, welche „ohne Verletzung anderer berechtigter Interessen und unter Achtung bestehender Vertragsverhältnisse" durchführbar sind. Ganz in diesem Sinne ist die Entscheidung ausgefallen. Beinahe wörtlich lehnt sich die staatsräthliche Motivirung der Ablehnung des Antrages Kanitz an die kaiserlichen Meinungsäußerungen an. „Ich kann den armen Leuten das Brot nicht vertheuern", lautete eine Privatauslassung des Monarchen. „Sie können mir doch nicht zumuthen, daß ich Brotwucher treibe", hatte er weiter bemerkt. Der Staatsrath hat diese Gedanken also formulirt: „Der Staat kann nicht den Einkauf und Verkauf des Getreides mit der Verpflichtung, dabei das Bedürfniß der Bevölkerung zu bemessen, und jederzeit und überall sicherzustellen, übernehmen. Die Organe des Staats sind dazu nicht geeignet. Wenn damit noch der Auftrag verbunden ist, das wichtigste und allgemeinste Nahrungsmittel, namentlich der ärmeren Klassen, theurer zu verkaufen, als der Staat dasselbe in Händen hat, so muß hierin ein sozialpolitisch sehr bedenkliches Vorgehen gefunden werden. Die staatliche Leitung des Getreideverkehrs würde Ursache der größten Unzufriedenheit, gehässiger Verdächtigungen und dadurch schwerer Schädigung des staatlichen Lebens sein." Auch der kaiserlichen Ansicht, daß der Antrag Kanitz gegen die bestehenden Vertragsverhältnisse verstoße, ist der Staatsrath beigetreten, indem er erklärt, daß die sämmtlichen Vorschläge, welche eine unmittelbare Einflußnahme auf den Preis des Getreides durch Eingreifen des Staates bezwecken, mit den bestehenden Handelsverträgen nicht in Uebereinstimmung zu bringen sind, da sie die in letzteren gewährte Verkehrsfreiheit vertragswidrig beschränken würden.

Daß die Verhandlungen des Staatsrathes einen kaiserlichen Meinungsumschwung zu Gunsten der in dem Antrage Kanitz liegenden Forderungen herbeiführen würden, konnte von vornherein für ausgeschlossen gelten. Die Zusammensetzung der eigenartigen Körperschaft ist nicht eine solche, daß man hätte erwarten können, sie werde Beschlüsse fassen, die den energischen kaiserlichen Willenskundgebungen ausdrücklich entgegenlaufen und nur als eine direkte Opposition gegen den Monarchen hätten aufgefaßt werden können. Man kann die höchste Achtung vor den persönlichen Ueberzeugungen der Staatsrathsmitglieder haben und doch zugleich die Befürchtung nicht ganz unterdrücken, daß die Mehrzahl derselben ihrer Lebensstellung nach wohl nicht dasjenige Maß von Unabhängigkeit und Selbstständigkeit besitzen, welches erforderlich ist, um einer so kraftvollen selbstherrlichen machtgebietenden Persönlichkeit wie dem Kaiser gegenüber auf einer abweichenden Meinung zu beharren und diese auch mit dem nöthigen Nachdruck zur Geltung zu bringen. Die Ablehnung des Antrages Kanitz und der demselben verwandten Vorschläge zur Beseitigung der landwirthschaftlichen Nothlage kann daher kaum als das Gutachten eines selbstständigen Sachverständigenausschusses angesehen werden. Sie soll im Staatsrathe mit allen gegen vier Stimmen erfolgt sein. Dieses Resultat bildet den direkten Gegensatz zu den Beschlüssen, welche kürzlich der Deutsche Landwirthschaftsrath gefaßt hat. Der preußische Landwirthschaftsminister Herr von Hammerstein-Loxten hatte in seiner Begrüßungsrede an diese ausschließlich aus anerkannten Sachverständigen zusammengesetzte Körperschaft ausgesprochen, daß die Thätigkeit, die Belehrung, die er im Deutschen Landwirthschaftsrathe lange Jahre erfahren habe, für ihn von allergrößtem Werthe bleiben werde in der schwierigen Stellung, in der er sich befinde. Er habe eine Fülle werthvoller Belehrungen und Erfahrungen erwerben müssen von einer Versammlung, die, wie der Deutsche Landwirthschaftsrath eine hoch autoritative Stellung dadurch im Deutschen Reiche in den agrarischen Fragen inne hat, daß sie alle diese Fragen sine ira et studio mit großer Objektivität und Sachkenntniß zu behandeln und bearbeiten pflegt. „Ich behaupte dreist", so äußerte der Minister, „daß für alle die Entscheidungen, die in den schwierigen, die Zeit bewegenden agrarischen Fragen zu treffen sind, das Archiv des Deutschen Landwirthschaftsraths nach den verschiedensten Richtungen die belehrendste Auskunft enthält." Schließlich bemerkte Herr von Hammerstein-Loxten: „Als Minister des größten Bundesstaates kann ich nur die Erklärung abgeben, daß alle verbündeten Regierungen von Ihren Beschlüssen mit großer Aufmerksamkeit Kenntniß nehmen und sie nach Möglichkeit zu berücksichtigen willens sind." Der Landwirthschaftsrath hat aber mit 36 gegen 32 Stimmen beschlossen, „den Reichskanzler und den Bundesrath zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen auf der Grundlage des von der Wirthschaftlichen Vereinigung formulirten Antrags Kanitz ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolgt." Im Vergleich mit diesem Beschlusse des Landwirthschaftsrathes hat das diametral entgegengesetzte Ergebniß der Verhandlungen des Staatsrathes nur den Werth einer förmlichen Ceremonie, mittelst deren die wesentlichen Grundzüge des landwirthschaftlichen Programms, das der Kaiser bereits vor der Begutachtung durch den Staatsrath festgestellt hatte, bestätigt worden sind, sodaß sie jetzt, wie der Monarch vorgestern selbst hervorhob, die Unterlage für die „unverweilt" herbeizuführenden Entschließungen der Regierung bilden können.

Die zahlreichen praktischen Vorschläge des Staatsrathes müssen dem großen negativen Ergebnisse gegenüber in den Hintergrund treten, umsomehr, als sie über das Gebiet der sogenannten „kleinen Mittel" nicht hinausgreifen, mit denen eine durchgreifende Hilfe nicht erzielt werden kann. Der negative Abschluß der Berathungen des Staatsrathes wird zur Klärung der innerpolitischen Situation erheblich beitragen. Der Freisinn und die Sozialdemokratie werden ein stürmisches Triumphgeheul erheben; die Agrarier aber stehen vor der ernsten verantwortungsvollen Frage, ob sie wieder in das oppositionelle Verhältniß zur Regierung zurückkehren sollen, in das sie unter dem Caprivi'schen Regiment gedrängt worden waren, oder ob sie sich mit der bloßen platonischen Anerkenntniß der Nothlage der Landwirthschaft bei dem gleichzeitigen Verzicht auf wirksame Mittel zur Abhilfe begnügen und mit der Versicherung befriedigen lassen wollen, daß „die Bedeutung der Landwirthschaft für das Gesammtwohl nicht annähernd von einem der anderen Erwerbszweige erreicht wird" und daher, nach der sonderbaren staatsräthlichen Logik, auch nicht den Anspruch auf den besonderen Schutz und die energische Unterstützung des Staates rechtfertigt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. März.

Berlin. Reichstag. Vor Beginn der Sitzung legte der antisemitische Abgeordnete Bindewald auf sämmtliche Plätze der Abgeordneten ein Flugblatt, welches auf der Vorderseite ein Bild des Fürsten Bismarck trug mit der Umschrift: „Warum der Reichstag und die Stadt Berlin ihren Ehrenbürger nicht feiern dürfen." Das Flugblatt enthielt antisemitische Aussprüche Bismarck's und eine längere Polemik gegen die Juden, welche in die Worte ausklang: „Kauft bei Christen!" Die Diener des Hauses entfernten jedoch auf erfolgte Anweisung die Flugschrift, ehe noch die Sitzung begonnen hatte. — Auf der Tagesordnung steht zunächst ein unerledigt gebliebener Rest des Postetats, nämlich die sämmtlichen mit der Frage der Dienstaltersstufen in Verbindung stehenden Ausgabetitel, welche neulich an die Kommission zurückverwiesen waren. Die Kommission beantragt, alle diese Titel unverändert anzunehmen und legt gleichzeitig drei Resolutionen vor, in denen der Reichskanzler ersucht wird, zu veranlassen, daß 1) bei Aufstellung des nächsten Etats die Gehälter der durch die Einführung der Dienstaltersstufen geschädigten Beamtenklassen entsprechend erhöht werden, daß 2) zu demselben Behufe schon für das Etatsjahr 1895/96 Mittel durch einen Nachtragsetat gefordert werden und daß 3) bei Aufstellung des nächsten Etats das Gehalts-Maximum der Landbriefträger auf 1000 Mk. erhöht werde. — Abg. Dr. Lieber (Centr.): Die Zurückverweisung dieser Titel an die Kommission hat in erfreulicher Weise das Bild von der Wirkung der Einführung der Altersstufen auf die verschiedenen Beamtenkreise vervollständigt. Wir sind infolgedessen bereit, dem Vorschlag der verbündeten Regierungen in Bezug auf die Einführung der Altersstufen auch bei der Postverwaltung zuzustimmen. — Abg. Müller-Sagan empfiehlt eine von ihm eingebrachte Resolution: 1) betreffend Anrechnung der diätarischen Dienstzeit bei Berechnung des Dienstalters, sobald sie mehr als vier Jahre beträgt, bei den Civilanwärtern, und Anrechnung vom Tag des Dienstantritts an bei den Militäranwärtern; 2) Gleichstellung der Civilanwärter mit den Militäranwärtern hinsichtlich der Zulassung zur Sekretärprüfung; 3) Vordatirung der Anciennität für die schon 1892 übernommenen Militäranwärter; 4) soll die etatmäßige Anstellung der Assistenten und Postverwalter künftig stets auf Lebenszeit, also unkündbar, erfolgen. — Abgg. v. Leipziger (kons.) und Dr. Hammacher (nat.-lib.) erklären sich für das Dienstaltersstufen-System, sowie für die Resolution der Kommission. — Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Wenn auch in allen anderen Ressorts die durch die Einführung des Altersstufen-Systems geschädigten Beamten entschädigt werden sollten, so würde es sich um Millionen handeln. Man könne doch nicht allein die Geschädigten bei den Postressorts entschädigen, das widerspreche dem Justitia fundamentum regnorum. Er habe sich also nur aus pragmatischen Gründen gegen ein solches Verfahren ausgesprochen, nicht aus rein finanziellen Gründen. Er wolle aber auch mit anderen Ressorts in Verbindung treten und die preußische Regierung dafür zu gewinnen suchen, daß wenigstens im nächsten Etat eine Summe eingestellt werde, um Schädigungen einzelner Beamten auszugleichen. An seinem guten Willen fehle es nicht. Wenn Abg. Hammacher gesagt habe: Weshalb nicht schon in diesem Etat?, so weise er darauf hin, daß solche Verhandlungen äußerst zeitraubend sind. — Direktor im Reichspostamt Fischer bemerkt zu Punkt 1) der Müller'schen Resolution: Laut vorjähriger Denkschrift sei die Anrechnung der Dienstzeit vom vollendeten 5. Jahre an in allen Ressorts im Reiche Gebrauch und es sei kein Anlaß vorhanden, beim Postressort davon abzuweichen. Weiter sprach sich Redner auch gegen die übrigen Theile der Resolution aus, insbesondere gegen den letzten. Die etatmäßige Anstellung auf Lebenszeit ohne Kündigungsvorbehalt sei ein vollständiges, auch in der Kommission noch nicht erörtertes Novum und würde ohne große organische Veränderungen gar nicht möglich sein. Die ganze Resolution Müller gehe viel zu weit und sei unannehmbar. — An der weiteren Debatte betheiligten sich noch die Abgg. Rickert, Singer, Förster, Kröber. Bei der Abstimmung wird von der Resolution Müller nur Punkt 3, betreffend die Gleichstellung der Civil- mit den Militäranwärtern in Bezug auf die Zulassung der Assistenten zur Sekretärsprüfung angenommen, während die übrigen Theile der Resolution abgelehnt werden. Sodann werden von der Resolution der Kommission zunächst die beiden ersten Punkte angenommen. — Abg. Werner (Antis.) behauptet, daß Angehörige des Postassistentenvereins wegen ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verein dienstlich gemaßregelt worden sind. — Dir. Fischer erwidert, daß Beschwerden bei der Centralstelle darüber nicht eingegangen sind. — Abg. Werner: Die Leute wissen, daß sie ja doch kein Recht bekommen. — Dir. Fischer weist dies nachdrücklich zurück. Es sei in zahlreichen Fällen Abhilfe geschaffen worden, wo die erhobenen Beschwerden sich als begründet erwiesen haben. — Abg. Dr. Schönlank (Soz.) behauptet, daß den Assistenten und Unterbeamten selten oder nie ein Erholungs-Urlaub gewährt werde. — Dir. Fischer: Es werde nach der Dienstinstruktion jedem Beamten ein Urlaub bis zu 10 Tagen gewährt. — Abg. Dr. Schönlank: Diese Bestimmung besteht allerdings, nur wird von derselben bei der Verwaltung kein Gebrauch gemacht. Man möge eine Statistik über die bewilligten Beurlaubungen vorlegen. — Die Resolution 2 der Kommission wird bei dem Kapitel „Briefträger" angenommen, ebenso die einzelnen Positionen. — Nächste Sitzung morgen: Rest des Etats und Etatgesetz. — Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die morgende Sitzung um 2 Uhr beginnen zu lassen, erhebt Abg. Graf v. Hompesch (Centr.) Widerspruch. Die dem Vorschlage des Präsidenten zu Grunde liegende Rücksicht auf die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sei wohl nicht nöthig, da nach seiner Information diese Herren voraussichtlich in der Lage sein werden, der Sitzung hier schon um 1 Uhr beiwohnen zu können. Die Mehrheit des Hauses stimmt für 1 Uhr als Beginn der morgenden Sitzung.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich Nachmittags nach Charlottenburg, um im dortigen Mausoleum am Sarge Kaiser Wilhelm's I. einen Kranz niederzulegen. — Die Nachricht, die Glückwünsche der Armee werde an der Spitze der Korpskommandanten Graf Waldersee dem Fürsten Bismarck überbringen, beruht dem „Reichsanzeiger" zufolge auf Erfindung. — Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." schreibt im Anschluß an den vom „Reichsanzeiger" heute früh veröffentlichten kaiserlichen Erlaß: „Wollen wir uns Teter, die vor 25 Jahren in Treue gegen den König und in voller Hingabe an die von dem Vaterlandsgedanken geforderte Pflicht gekämpft, geblutet und das Leben gelassen haben, würdig erweisen und ihr Werk fortsetzen, so müssen wir die Bemühungen, den Boden, auf dem das Deutsche Reich steht, zu unterwühlen, unter Zurückdrängung des Parteihaders niedertreten, wir müssen ihnen vor allen Dingen das beste eigene Beispiel patriotischen Verhaltens entgegensetzen. Nach dieser Seite aber haben wir gerade jetzt ein schmerzlich berührendes Schauspiel vor Augen: ein Theil unserer Mitbürger, auch außerhalb der Kreise der Sozialdemokratie, kann sich um alter partei-politischer Fehden willen nicht entschließen, dem Fürsten Bismarck zu seinem bevorstehenden 80. Geburtstage ein Wort des Glückwunsches und der Huldigung darzubringen. Das ist ein Mißklang gerade in diesem Jubeljahr, ein Beweis von Trübung der patriotischen Denkungsart, deren erstes Erkennungszeichen es doch ist, jeder Groll und alles Kleinliche in den Erwägungen hinter sich zu lassen. Fürst Bismarck hat an der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches einen hervorragenden Antheil. Welcher Deutsche, er mag über andere Stücke der Politik und andere Bethätigungen des ersten Reichskanzlers denken wie er will, kann das vergessen und unserem alten großen Staatsmann den Dank dafür versagen, welcher Deutsche, der das Andenken Wilhelm's I. in Ehren hält, ihm, seiner größten, erfolgreichsten und mit unzähligen Aeußerungen der Dankbarkeit von ihm überhäuften Mitarbeiter die nach dem Zeugniß des berufensten Gewährsmannes schuldige Ehrung vorenthalten? Ein Volk, das über seine großen Söhne nicht groß zu denken und zu urtheilen vermag, und mit dem Maßstabe kleiner Pankiine an

Friedrich & Glockner
Tapeten, Linoleum, Wachstuch, Lackleinen, Bodenlacke, Bohnenwachs, Schleifsteine, Delfarben, Pinsel, Farben, Firnisse
Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.